

Pressestatement

Steffen Schmid, Karlsruhe

Der Vertreter der Eltern an Schulen in Freier Trägerschaft in Baden-Württemberg und Mitglied des Landeselternbeirates

Eltern sehen Existenz von Schulen Freier Träger gefährdet

Landauf landab gehen Schülerinnen und Studierende für ein besseres Bildungswesen auf die Straße. Das zeigt den Stellenwert, den dieses Thema im Bewusstsein der Bürger erlangt hat. Es geht um unsere Kinder, um unsere Zukunft und die des gesamten Landes Baden-Württemberg.

Wenn Menschen auf die Straße gehen ist eine Schmerzgrenze erreicht, und bei uns Eltern, die ihre Kinder an einer Freien Schulen haben, ist diese bereits weit überschritten. Deshalb begleiten zahlreiche Eltern ihre Kinder zur morgigen Demonstration.

Bei Ausbleiben der im Koalitionsvertrag zugesagten Anhebung der Zuschüsse der öffentlichen Hand auf 80% der vergleichbaren Schülerkosten an staatlichen Schulen befürchten die Eltern an Schulen in Freier Trägerschaft eine existenzgefährdende Abwärtsspirale.

In der besseren Ausstattung der staatlichen Schulen infolge der millionenschweren Bildungsoffensive des Landes sehen die betroffenen Eltern den Wettbewerb innerhalb des Schulsystems zu ihren Lasten massiv gefährdet. Der Rückstand bei der Finanzausstattung behindert zudem auch die im Vergleich zum übrigen Schulwesen häufige best-practice-Unternehmensführung privatwirtschaftlich geführter Schulen. Ihnen wird besonderen Respekt gezollt wegen ihrer innovativen Konzepte. Die freien Schulen gleichen häufig mittelständisch geprägten Familienunternehmen mit einer langen Traditionslinie. Sie sind jedoch nicht gewinnorientiert, sondern im Sinne unserer Kinder gemeinwohlorientiert.

Die Eltern wissen um die Leistungen des Freien Schulwesens bei den Reformimpulsen für das gesamte Schulwesen. Diese werden durch die latente Unterfinanzierung in Frage gestellt.

Auch im Vergleich der Bundesländer darf Baden-Württemberg im privaten Schulwesen keine schlechtere Entwicklung nehmen. Dies würde gerade in der Wirtschafts- und Finanzkrise den Wirtschaftsstandort angesichts einer Niveauabsenkung empfindlich treffen. Zu wenige Mittel würden zu Lasten der Unterrichtsqualität und der Sach- und Personalausstattung gehen. Damit würden die Freien Träger in Zukunft weniger attraktiv.

Die Politik trägt somit dazu bei, einen verfassungsmäßig garantierten Sektor bewusst auf kaltem Wege ausbluten lassen. Die Verantwortung dafür hat die Landesregierung bzw. die sie tragenden Fraktionen.

Die Eltern fordern die sofortige Einführung einer jährlichen Feststellung des Finanzbedarfs der Freien Schulen, ohne die das Ziel der 80%-Quote niemals erreichbar ist. Die Erfahrung zeigt, dass die Kostensteigerungen in dem dreijährigen Bewertungszeitraum in der Vergangenheit nicht berücksichtigt wurden. Darüber hinaus müssen im Bruttokostenmodell auch bisher nicht berücksichtigte Faktoren wie die Ganztagschulbetreuung ihre Berücksichtigung finden.

Die Eltern erwarten von Regierung und Parlament im Doppelhaushalt 2010 / 2011 die notwendigen finanziellen Mittel bereit zu stellen. Deshalb die dringliche Mahnung der Elternschaft an die Politik zu Beginn der Haushaltsberatungen.

Es gilt das gesprochene Wort